

# „Uns plagen Zukunftsängste“

Landwirte, Wasser- und Bodenverbände tragen der Staatssekretärin Maria Flachsbarth ihre Sorgen vor

VON BARBARA WENKE

**Lemwerder.** 150 Hektar Grünland. Genug Weiden, um 160 Kühe plus Nachzucht locker satt zu bekommen. Mit frischem Grün im Sommer sowie Grassilage im Winter. Bernd Döhle könnte einen geschlossenen Kreislauf aufbauen: Gras von den eigenen Flächen als Futter für die Kühe, deren Ausscheidungen als Naturdünger für die Weiden. So würde auch im nächsten Jahr wieder genügend Gras nachwachsen, damit der Landwirt seine Kühe satt bekommt. Doch die Politik macht ihm einen Strich durch die Rechnung.

Obwohl viele von ihnen wirtschaftlich mit den eigenen Ressourcen auskommen könnten, müssen die Landwirte Mineraldünger hinzukaufen. Ihre Gülle müssen sie hingegen zum Teil abgeben. Das regelt die im Jahr 2017 überarbeitete Düngeverordnung. „Die Verordnung ist ein herber Einschlag für uns“, berichtete Döhle am Montagnachmittag Maria Flachsbarth, der parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Die war auf Einladung der für die Wesermarsch zuständigen CDU-Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüsch nach Lemwerder gekommen und hörte sich auf der Diele

„Wir Bauern in den Grünlandregionen sind eindeutig benachteiligt.“

Landwirt Bernd Döhle

des Döhle'schen Hofes die Sorgen und Nöte der regionalen Landwirte sowie der Wasser- und Bodenverbände an. „Uns plagen Zukunftsängste“, verriet Bernd Döhle. Sein Sohn habe seine Ausbildung abgeschlossen. Er ist mittlerweile Landwirtschaftsmeister und wolle den Hof übernehmen. Zuvor müsse jedoch investiert werden, so Bernd Döhle. Die vorhandene Melktechnik ist bereits 25 Jahre alt. „Neuerungen sind rein betriebswirtschaftlich aber nicht machbar.“

Finanziell hilfreich wäre es da, wenn kein teurer Dünger zugekauft, sondern die eigenen Ressourcen voll eingesetzt werden könnten. Das verbietet jedoch die Düngeverordnung. Zum Leidwesen der Landwirte. „Wir Bauern in den Grünlandregionen sind eindeutig benachteiligt“, sagt Bernd Döhle. Er sieht kein Problem mit übermäßigen Nährstoffeinträgen. Im Gegenteil: „Das Gras nimmt den Stickstoff sehr gut auf. Wenn wir nicht düngen würden, würden die Pflanzen kein Eiweiß anlegen. Das brauchen wir aber, damit die Kühe Milch geben.“

Bernd Döhle berichtete der Staatssekretärin aber nicht nur von den Nöten der Bauern. Er ist in Personalunion Landvolkvertreter und Vorsitzender des Entwässerungsverbandes Stedingen. Auch die Verbandsvertreter plagen Sorgen. Zwei Drittel



Die parlamentarische Staatssekretärin Maria Flachsbarth diskutierte in Lemwerder mit Landwirt Bernd Döhle (rechts) über die Sorgen und Nöte seines Berufsstands. Heiner Loock (links) und Wolf Rosenhagen von der örtlichen CDU hörten interessiert zu.

FOTO: CHRISTIAN KOSAK

der Wesermarsch liegen unterhalb des Meeresspiegels. Einige Gebiete, namentlich Moorflächen, sacken immer weiter ab. Die Schöpfwerke verblieben hingegen auf ihren Höhen. Niederschlagwasser, das sich in den Senken sammelt, muss gegen die Schwerkraft in die großen Flüsse gepumpt werden. „Aus Mitgliedsbeiträgen ist das nicht zu wuppen.“

Hinzu komme, dass das Pumpen immer schwieriger werde. Die Tide der Weser betrage nicht mehr 40 Zentimeter wie um das Jahr 1900 herum. Gute 100 Jahre später läuft das Hochwasser vier Meter höher auf als das Niedrigwasser. Die Zeitfenster, in denen Wasser abgeschlagen werden könne, werden immer kürzer. Bernd Döhle ist überzeugt: „Wir haben den Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven. Wir brauchen keine Weservertiefung.“ Denn die würde den Tidehub noch einmal steigern. Fritz-Harald Strodthoff-Schneider, der Vorsteher des Entwässerungsverbandes Jade, brachte zudem die

Technik der Schöpfwerke zur Sprache. Sie sei in die Jahre gekommen. Deshalb fordert Strodthoff-Schneider: „Was wir brauchen, ist ein Schöpfwerkstopf.“ Allein sein Verband betreue 25 Schöpfwerke. Die Ertüchtigung eines jeden Einzelnen koste schnell 500 000 bis eine Million Euro.

In Berne möchte der Entwässerungsverband Stedingen neue Wege gehen. Die Gemeinde will nach Angaben Döhles ein neues, recht tief liegendes Gewerbegebiet ausweisen. Der Verband hat angeregt, dass die Gemeinde selbst eine große Tauchpumpe installiert, mit der Oberflächenwasser in die Verbandsgewässer gepumpt werden kann.

Maria Flachsbarth notierte sich die Sorgen und Nöte der Landwirte und Wasser- und Bodenverbände. Sie versprach, die Probleme in Berlin kundzutun. Die parlamentarische Staatssekretärin wies aber schon darauf hin, dass ihr Gremium, der Bundestag, nicht für alle Probleme zuständig sei. Häufig seien die Länder zumindest mit in

der Pflicht. So liege es in der Zuständigkeit der Länder, Gelder für den Straßen- und Wegebau zu verteilen.

Zu Beginn ihres kurzen Eingangsreferats hatte Maria Flachsbarth ihr Verständnis für die Bauern in der Grünlandregion Wesermarsch gezeigt. Auch wenn sie manchmal unterschiedliche Sichtweisen auf Sachverhalte hätten, habe sie ein gutes Verhältnis zu Landwirten, sagte die gelernte Tierärztin. Gerade die Viehhalter erledigten einen Rund-um-die-Uhr-Job. Die Tiere müssten 365 Tage im Jahr versorgt werden. Sollte der Bauer in den Urlaub fahren wollen, benötige er einen Ersatz, der auf dem Hof nach den Tieren sehe.

Zudem stiegen die Ansprüche. Der Bürger wolle sichere Lebensmittel. Das Tierwohl müsse bedacht werden. Die Bauern sollten ihrem Vieh größere und hellere Ställe sowie ausreichend Bewegung bieten. Für all das wolle der Verbraucher aber nicht mehr Geld zahlen.